

Radio Liechtenstein

Radio L soll öffentlich-rechtlicher Landessender werden

Radio L soll auf den 1. Januar 2004 in eine öffentlich-rechtliche Anstalt überführt werden. Wenn der Landtag diesem Vorschlag der Regierung zustimmt, wird aus Radio L „Radio Liechtenstein“. Die private Trägerschaft hat in den letzten acht Jahren rund zwölf Mio. Franken in den Aufbau von Radio L investiert. Jetzt zieht Peter Ritter, Verwaltungsratspräsident der Radio-TV AG, sein finanzielles Engagement zurück: „Der Unterhalt und weitere Ausbau dieses Senders ist Privaten auf lange Sicht nicht zumutbar.“ [...] Die Regierung schlägt dem Landtag vor, einen jährlichen Verlustbeitrag von maximal 1,5 Mio. Franken zu tragen, „um den Hörerinnen und Hörern einen attraktiven und dennoch finanziell schlanken Sender bieten zu können“. Im Vergleich zu den dem Privatrado „Radio L“ ausbezahlten Beiträgen von 925'000 Franken (Medienförderung und Leistungsvereinbarung: Stand Jahr 2002) bedeutet das nach den Ausführungen von Rita Kieber-Beck einen Mehraufwand von 575'000 Franken. Spezielle Gebühren sollen für den Landessender nicht erhoben werden, obwohl dies vom Gesetz her gesehen möglich wäre. [...] Ein zentrales Element des Entwurfs der Regierung zu einem neuen Rundfunkgesetz sei die Gewährleistung der Meinungsvielfalt und der Unparteilichkeit, führte Rita Kieber-Beck weiter aus. Für diese Unabhängigkeit soll der Verwaltungsrat, der Intendant und ein Publikumsrat sorgen. [...]

Liechtensteiner Vaterland, 23. August 2003, Seite 1.

Staat mit Stimme

Kritik und Lob gab es am Freitag im Wechselschritt im Parlament. Die Regierung will den Privatsender Radio L kaufen und nach dem Muster von ORF und Radio DRS will die Regierung mit einem neuen Rundfunkgesetz den Liechtensteinischen Rundfunk (LRF) und ein unabhängiges öffentlichrechtliches „Radio Liechtenstein“ schaffen. „Liechtenstein ist ein souveräner Staat, dem es ansteht, eine eigene Stimme in und aus Liechtenstein zu haben“, betonte Regierungschef-Stellvertreterin Rita Kieber-Beck am Freitag im Landtag. Liechtenstein brauche ein unabhängiges Radio, keinen Parteisender, und ein offenes Kommunikationsklima. Meinungsfreiheit dürfe kein Lippenbekenntnis sein. [...] Eine Alternative sieht Kieber-Beck nicht, auch ein Hinausschieben der Entscheidung bringe nur Mehrkosten. Hätte die Regierung nicht gehandelt, würde Radio L seit 15. August keinen O-Ton mehr senden. Geplant sei ein abgespeckter Sender, jede Alternative wäre teurer. [...]

Liechtensteiner Volksblatt, 20. September 2003, Seite 1.